



Welche Parteien stehen wofür? Wir haben die Wahl!

Eine Gegenüberstellung der
Wahlprogramme zur
Bundestagswahl
am 26. September 2021

Editorial

Liebe Mitglieder, sehr geehrte Damen und Herren,

die Bundestagswahl steht vor der Tür und in wenigen Wochen sind wir alle aufgefordert eine wichtige und wegweisende Entscheidung zu treffen. Als größter branchenübergreifender Wirtschaftsverband und Vertreter der kleinen und mittelständischen Unternehmen in Baden-Württemberg ist es uns wichtig, dass alle Interessierten einen schnellen Überblick der Parteipositionen erhalten.

Daher haben wir uns für Sie die Wahlprogramme, aller im Bundestag vertretenen Parteien angeschaut und die Vorhaben für wirtschaftsrelevante Politikbereiche nebeneinandergestellt. Welche Partei gibt konkrete und effektive Vorschläge? Wo bleibt es bei Absichtserklärungen ohne detaillierte Vorschläge? Welche Partei fördert uns Selbständige und ermöglicht eine freiheitliche Entfaltung unserer wirtschaftlichen Tätigkeiten? Ein Blick in unsere Synopse lohnt sich!

Als Einleitung zu der Gegenüberstellung haben wir unsere Forderungen an die Politik zu den einzelnen Bereichen zusammengefasst.

Diese Wahl wird die Weichen für die nächsten Jahre und Jahrzehnte stellen und wer nicht wählt, überlässt die Entscheidung über die Zukunft unseres Landes Anderen. Daher unsere dringende Bitte, gehen Sie am 26. September wählen!

Ihre
Bettina Schmauder und Jan Dietz
Präsidenten des Bund der Selbständigen Baden-Württemberg e.V.



Inhaltsverzeichnis

Unsere Forderungen	S. 4
Wirtschaftspolitik	S. 7
Digitalisierung	S. 11
Klimapolitik	S. 12
Rentenpolitik	S. 13
Steuerpolitik	S. 14
Sozialpolitik	S. 16
Arbeitspolitik	S. 18
Europapolitik	S. 21
Wohnungspolitik	S. 22
Verkehrspolitik	S. 23
Abkürzungsverzeichnis	S. 24

Ansprechpartner

Lisa Marie Hanß
Referentin für politische Interessenvertretung
Mail: hanss@bds-bw.de
Telefon: 0711 / 954 668 – 0

Nicolai Lauble
Geschäftsführer
Mail: lauble@bds-bw.de
Telefon: 0711 / 954 668–13

Wir beziehen uns lediglich auf die veröffentlichten Wahlprogramme der Parteien und beziehen ausdrücklich keine anderen Veröffentlichungen oder öffentlichen Äußerungen in die Synopse mit ein. Die Sortierung der Parteien ergibt sich aus der Anzahl der Abgeordneten im aktuellen Bundestag.

Alle Angaben und Information haben wir für Sie mit größter Sorgfalt zusammengestellt. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit übernimmt der Bund der Selbständigen Baden-Württemberg e.V. keine Haftung.

Anfragen für Veröffentlichungen, auch auszugsweise, richten Sie bitte an unsere Geschäftsstelle.

Unsere Forderungen

Wirtschaftspolitik

Der BDS fordert von der Politik eine Wirtschaftspolitik, die die ganze Breite der Unternehmenslandschaft im Fokus hat. Dazu gehören im wesentlichen Maße auch die kleinen und mittleren Betriebe und Soloselbständige. Diese Unternehmerinnen und Unternehmer benötigen einen rechtlichen Rahmen, der Rechtssicherheit und Fairness bietet. Freiheitliches Handeln und die Möglichkeit, Freiräume zu schaffen sind die Basis dafür, dass ökonomische und innovative Potentiale genutzt werden können. Gründerinnen und Gründer haben dabei den besonderen Fokus der Politik verdient, geht von ihnen doch eine besondere Dynamik aus. Unternehmen aus den Branchen, die die Hauptlast der Corona-Krise zu tragen hatten und aktuell noch haben, müssen weiterhin unterstützt werden – und zwar passgenau.

Entbürokratisierung

Der BDS fordert von der Politik, die bürokratischen Belastungen grundsätzlich auf ein notwendiges Maß zu beschränken. Weniger Bürokratie ist die beste Wirtschaftspolitik. Auf allen Ebenen und in allen Bereichen politischen Handelns muss eine konsequente Reduzierung der bürokratischen Anforderungen ernsthaft vorangetrieben werden.

Digitalisierung

Der BDS fordert von der Politik die Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung mit digitaler Infrastruktur, was auch bedeutet, dass der ländliche Raum in den Fokus der Ausbaustrategie rücken muss. Darüber hinaus erwarten wir, dass Betriebe weiterhin bei den Digitalisierungsprozessen unterstützt werden und die Basis für einen fairen Wettbewerb in der Datenökonomie geschaffen wird. Die Digitalisierung kann ein wichtiger Baustein einer Entbürokratisierung sein. Daher muss die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung mit Hochdruck vorangetrieben werden, um digitale Angebote für Unternehmen anzubieten.

Sozialpolitik

Der BDS fordert von der Politik, dass die Sozialversicherungssysteme auch auf die Bedürfnisse von Gründerinnen und Gründer sowie Soloselbständige ausgerichtet sind. Darüber hinaus muss das Ziel sein, die Kostenbelastungen bei personalintensiven Betrieben nicht stärker wachsen zu lassen. Dafür müssen Kranken- und Pflegeversicherung sowie gesetzliche Rentenversicherung zukunftssicher gestaltet werden, was auch bedeutet, die Strukturen nachhaltiger zu gestalten.

Unsere Forderungen

Arbeitspolitik

Der BDS fordert von der Politik, dass sie den Beitrag der kleinen und mittleren Betriebe zum betrieblichen Ausbildungssystem maximal stärkt, die berufliche Bildung in konkreten Maßnahmen fördert und der akademischen Bildung gleichsetzt. Dafür müssen die Ausbildungsstrukturen fair und angemessen finanziert werden und gerade auch Kleinstbetriebe aktiv unterstützt werden. Das gilt im gleichen Maße für die Förderung der betrieblichen Weiterbildung, um auch in diesen Unternehmen die Fachkräfte zu sichern.

Steuerpolitik

Der BDS fordert von der Politik ein Steuerrecht, das zeitgemäß und international konkurrenzfähig gestaltet ist. Nur so ist gesundes Wachstum in Zukunft möglich. Darüber hinaus benötigen Unternehmen finanziellen Spielraum für Zukunftsinvestitionen und den Klimaschutz. Das muss in der Besteuerung von im Betrieb verbleibenden Gewinnen und beim Generationenübergang berücksichtigt werden. Unternehmen verdienen das Vertrauen in die Rechtsstreue ihres Handels.

Nachhaltigkeit/Klimapolitik

Der Klimawandel kann nur mit und nicht gegen die Unternehmen erreicht werden. Der BDS fordert daher von der Politik einen Kurswechsel in der Klimapolitik weg von Reglementierung hin zu wettbewerblichen Ansätzen. Darüber hinaus müssen Betriebe, die sich in ihren Unternehmenswerten der Nachhaltigkeit verschrieben haben, in ihrem Engagement unterstützt werden. Dazu gehören vor allem Familienbetriebe, die nachweislich den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken, Beschäftigung und Ausbildungsperspektiven schaffen und die Nahversorgung gewährleisten.

Wohnungspolitik

Der BDS fordert von der Politik, dass Lösungen gefunden werden, um der Knappheit an bezahlbarem Wohnraum schrittweise entgegenzuwirken. Dazu gehört auch, das Engagement von Unternehmen, die ihren Mitarbeitenden Wohnraum zur Verfügung stellen wollen, nicht durch bürokratische Hürden zu behindern und grundsätzlich Planungsprozesse zu beschleunigen. Eine erfolgreiche Wohnungspolitik ist auch eine mögliche Antwort auf den Fachkräftemangel.

Unsere Forderungen

Europapolitik

Der BDS erwartet von der Bundespolitik, dass diese ihren Einfluss auf der europäischen Ebene geltend macht, um die besondere Unternehmensstruktur in Deutschland nachhaltig zu unterstützen. Das duale Ausbildungssystem, die Familienunternehmen und das soziale Engagement deutscher Unternehmen müssen unbedingt auch in Brüssel wertgeschätzt werden. Darüber hinaus muss auch in Europa die Entbürokratisierung Einzug halten.

Verkehrspolitik

Der BDS fordert von der Politik ein klares Zielbild, wie die Mobilität der Zukunft aussehen kann. Eine nachhaltige und auf Innovationen setzende Verkehrspolitik schont auf der einen Seite Ressourcen und ist klimafreundlicher gestaltet, erfüllt auf der anderen Seite die individuellen Mobilitätsbedürfnisse der Gesellschaft und ihrer Unternehmen. Ideologien, Dirigismus und Regulierung haben dort nichts zu suchen.

Ab jetzt können Sie auf der Website Ihrer Gemeinde die Briefwahl beantragen und damit bequem von Zuhause wählen oder gehen Sie am 26. September in Ihr Wahllokal! Bekräftigen Sie durch Ihre Wahlbeteiligung Ihren Einsatz für unsere Demokratie!

Wirtschaftspolitik

	CDU/CSU	SPD	AfD	FDP	Die Linke	B90/Grüne
Corona-Hilfen		Solo-Selbständige besser absichern (S. 29); Sicherungsgeld für solidarische Absicherung der Selbständigen in Notlagen, die über branchen- und saisonübliche Schwankungen hinausgehen (S. 30)	Entschädigung der Wirtschaftssektoren, die von den Corona-Maßnahmen besonders betroffen sind (S. 41); unverhältnismäßige Lockdown-Maßnahmen unverzüglich beenden (S. 132)	Kurzfristige Liquiditätshilfe soll direkt vom Finanzamt (S. 6); negative Gewinnsteuer, bei der Verluste aus dem aktuellen Jahr mit Gewinnen der Vorjahre verrechnet werden können; brauchen Hilfen für Selbständige mit und ohne Angestellte (S. 23)	Für Dauer der Coronapandemie den Zugang zur monatlichen Pauschale in Höhe von mindestens 1.200 Euro – auch rückwirkend ab März 2020 – ermöglichen (S. 126)	Existenzgeld von 1.200 Euro monatlich für Solo-Selbständige und Kulturschaffende in Krisensituationen wie der Corona-Krise (S. 206)
Bürokratieabbau	Bürokratiefreies Jahr nach Gründung, im zweiten Jahr bürokratische Belastungen auf Minimum reduzieren (S. 35); Bürokratie für Finanzmarktteilnehmer abbauen, Regeln modernisieren (S. 74)	Einfache, unbürokratische Umsetzung der digitalen Grundausstattung für alle Schulen möglich machen (S. 13); bei klassischen privaten Angeboten der Altersvorsorge bürokratische Hemmnisse abbauen und Kosten senken (S. 35)	Benötigen bundesweite Vereinfachung und Vereinheitlichung des Baurechtes und Beschleunigung von Verfahren durch Bürokratieabbau und Digitalisierung (S. 166)	Umfassender Bürokratieabbau, bessere Arbeitsbedingungen und Nutzung digitaler Potentiale im Pflegebereich schaffen (S. 38); durch Bürokratieabbau mehr Ressourcen für Innovationen und Wachstum in den Unternehmen schaffen (S. 81)		Bürokratieabbau für Mittelstand (S. 68), Bürokratie und Schriftformerfordernisse in Verwaltung abbauen (S. 163); Bürokratie bei Vergabe von Fördermitteln abbauen (S. 77); Gewinngrenze für Buchführungspflicht bei Solo-Selbständigen und KMU anheben (S. 68)

Wirtschaftspolitik

	CDU/CSU	SPD	AfD	FDP	Die Linke	B90/Grüne
Mittelstand (KMU)	Selbständige und KMU's müssen sich mehr auf ihr Kerngeschäft konzentrieren und neue Ideen umsetzen können (S. 34)		Deutscher Mittelstand stellt nicht nur einen Großteil der Arbeitsplätze bereit; bildet auch einen Stabilitätsanker für unsere Wirtschaftsstruktur (S. 41)	Mittelstand, Selbständigen und Start-ups mehr Raum für Erfolg und kreative Lösungen geben (S. 6); Mittelstand und unsere Hidden Champions stärken (S. 7)	Selbständigen, Freiberufler*innen und dem Kunst-, Kultur-, Medien- und Kreativbereich gute Wiederaufnahme ihrer Tätigkeiten ermöglichen (S. 126)	Mittelstand stärken (S. 68); Gründung einer eigenständigen Innovationsagentur (D. Innova) (S. 69)
Wettbewerb	Gemeinsame Bemessungsgrundlage für Körperschaftsteuer; abgestimmtes Steuerverfahrensrecht (S. 73)	Neu geordnetes Wettbewerbs- und Beihilferecht (S. 21)	Beendigung der Benachteiligung des Mittelstands gegenüber multinationalen Großkonzernen (S. 43f.)	Globale Mindestbesteuerung für Unternehmen gemeinsam mit den USA (S. 7)		Wettbewerbsverzerrungen eindämmen (S. 81); pro Jahr 50 Mrd. Euro investieren, um deutsche Unternehmen im Wettbewerb zu stärken (S. 60)
Fachkräftemangel, -sicherung	Anerkennung von Abschlüssen und die Zertifizierung von Qualifikationen verbessern (S. 40)	Handwerk fördern durch Abschaffung der Gebühren für Techniker*innen- und Meister*innen-kurse; Tarifbindung im Handwerk (S. 19)	Massive Abwanderung von deutschen Unternehmen und Fachkräften ins Ausland stoppen; Wirtschaftsstandort Deutschland wieder attraktiv machen (S. 33f.)	Duales, berufliches Bildungssystem stärken; fit für die Zukunft machen; wer die berufliche Bildung stärkt, stärkt den Mittelstand (S. 19)	Gehälter in Pflege erhöhen (S. 10); Voraussetzungen für erfolgreiche Ausbildungen verbessern (S. 50); gute Ausbildung/ Bezahlung für alle Menschen (S. 113)	Meisterbriefe kostenfrei gestalten, Einführung einer Talentkarte, schnellere Verfahren bei Anerkennung ausländischer Abschlüsse (S. 68)

Wirtschaftspolitik

	CDU/CSU	SPD	AfD	FDP	Die Linke	B90/Grüne
Gründerzuschuss	Vernetzungs- und Beratungsangebote bereitstellen; mit Innovationsfreiheitsgesetz bürokratische Hürden abbauen (S. 88f.)	Erleichterter Zugang zu Kapital durch Projektförderung sowie öffentliche Fonds für Wagniskapital (S. 20); Existenzgründungen von Frauen fördern (S. 20)		Branchen-unabhängiger Gründungszuschuss, entkoppelt von vorhandener Arbeitslosigkeit (S. 13); Gründerinnen unterstützen (S. 14)		Gründungskapital von einmalig 25.000 Euro sicherstellen, Wagniskapital für Gründerinnen, in ersten zwei Jahren Melde- und Beitrittspflichtbefreiung (S. 62)
Innovationsförderung	Anwendung eines Modells für Vorzugskapital (preferred equity) prüfen (S. 84)	Innovationsförderung aufstocken, Förder- und Kreditprogramme für Mittelstand ausbauen; niederschwelliger Zugang zu Fördermitteln für KMU (S. 21)	Rahmenbedingungen für Investitionen im Inland verbessern; Infrastruktur auf zeitgemäßen Stand bringen (S. 42)	Gründung einer Deutschen Transfergemeinschaft (DTG), technologische als auch soziale Innovationen unterstützen (S. 24)	Brauchen eine staatlich finanzierte Forschungsförderung für technische und soziale Innovationen (S. 55)	Zugang zu Fördermitteln einfacher und digital zur Verfügung stellen (S. 137)
Arbeitsrecht, -schutz	Arbeitszeitgesetz reformieren und Spielräume des EU-Rechts nutzen; anstelle der täglichen eine wöchentliche Höchstarbeitszeit einführen (S. 39)	Rechtsanspruch auf mobile Arbeit; bei Fünf-Tage-Woche mind. 24 Tage im Jahr Homeoffice; Arbeitnehmer*innenrechte ortsunabhängig gültig und wirksam (S. 29)	Entschlackung und Flexibilisierung des Arbeitsrechts (S. 42)	Mobiles Arbeiten und Homeoffice stärken; wöchentliche statt tägliche Höchstarbeitszeit (S. 32)	Zugang zu Information über Arbeitsrechte (S. 20); Arbeitsrecht globalisieren (S. 140); Profite der Unternehmen nicht über Arbeitsrecht der Beschäftigten (S. 150)	Arbeitsschutz stärken (S. 104f.); Arbeitsrecht an online vermittelte Tätigkeiten anpassen (S. 107f.)

Wirtschaftspolitik

	CDU/CSU	SPD	AfD	FDP	Die Linke	B90/Grüne
Wirtschaftsstandort Deutschland	ZIM, IGF und Förderprogramm Innovationskompetenz INNO-KOM ausweiten (S. 85)	Industrie- und Innovationsstandort bleiben, mit klimaneutralen Produkten und Technologien; Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen (S. 65)	Abwanderung von deutschen Unternehmen und Fachkräften ins Ausland stoppen; den Wirtschaftsstandort Deutschland attraktiv machen (S. 33f.)	Echte Modernisierungsimpulse, setzen dabei auf Innovationskraft der Sozialen Marktwirtschaft und auf eine Agenda für mehr Wachstum (S. 6)		Industriestandort Deutschland stärken (Vgl. S. 67f.); Deutschland zum High-Tech-Standort machen (S. 75f.)
Internationale Handelspolitik	Streben international höhere Standards und angepasste Preise an (S. 42)	Setzen sich für eine Stärkung der WTO ein, alle Instanzen des WTO-Streitschlichtungsmechanismus sollen wieder beschlussfähig sein (S. 62)	Außenhandelspolitik muss diskriminierungsfreien Zugang zu ausländischen Import- und Exportmärkten gewährleisten (S. 68)	Bewährten Rahmen der WTO weiterentwickeln; setzen sich dafür ein, die Blockade der WTO-Streitbeilegung schnellstmöglich zu lösen (S. 9)	Internationale Handelspolitik zu Instrument der weltweiten Kooperation, des sozialökologischen Fortschritts und der Demokratisierung machen (S. 139)	WTO-Berufungsinstanz zur Streitbeilegung wiederbeleben (S. 80)
Verbraucherschutz	Verpflichtende europäische Haltungs-/Tierwohlkennzeichnung (S. 54); Einführung eines einheitlichen IT-Sicherheitskennzeichens (S. 57)	Im Lebensmittelhandel unfairen Handelspraktiken einen Riegel vorschieben (S. 52)	Auch bei Versicherungsverträgen, Finanzprodukten und Mobilfunkverträgen mehr Transparenz schaffen (S. 198)	Verbraucherschutz, der mündigen Verbraucherinnen und Verbrauchern Optionen und informierte sowie souveräne Entscheidung ermöglicht (S. 48)	Eigenständige Verbraucherschutzbehörde, Macht der Schufa eindämmen, Telefonwerbung unterbinden, Kostenfallen durch zweijährige Vertragslaufzeiten abschaffen (S. 78)	Kürzere Vertragslaufzeiten, einfachere Kündigungsmöglichkeiten stärken; EU-Richtlinien einführen; Kompetenzen der BaFin stärken (S. 84f.)

Digitalisierung

	CDU/CSU	SPD	AfD	FDP	Die Linke	B90/Grüne
Funknetzausbau	Bis 2025 flächendeckendes 5G-Netz, bis 2025 insgesamt 15 Mrd. Euro für Gigabit-Netze; Netzausbau beschleunigen (S. 104)	Versorgung aller Haushalte und Unternehmen mit einer Bandbreite von mindestens einem Gigabit pro Sekunde garantieren (S. 13)	Förderung regionaler Strukturen auch beim Glasfaser- und Funknetzausbau (S. 181)	Gigabit-Gutscheine für Privathaushalte sowie kleine und mittlere Unternehmen (S. 30)	Breitband- und Mobilfunknetze in öffentliche Hand; Glasfaserausbau mit 10 Millionen Euro jährlich fördern (S. 93)	Netzausbau beschleunigen (S. 26)
Öffentliche Verwaltung	Steuererklärung, alle Anträge und Schriftwechsel sollen online erfolgen; digitaler Steuerbescheid; digitale Anträge möglich machen (S. 72ff.)	Verpflichtung von Bund, Ländern und Kommunen zur Bereitstellung digitaler Verwaltungsdienstleistungen auszubauen (S. 13)	Finanzielle und beratende Unterstützung von Kommunen bei OZG-Projekten (S. 182); digitale Verwaltungsprozesse verschlanken (S. 182)	Bürgernahe und digitale Verwaltung (S. 23)	Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung (S. 97)	Effizientere, transparente und digitale Verwaltung, Digitalisierung auf allen Verwaltungsebenen, Schriftformanfordernisse abbauen (S. 163)
Datenschutz	Rechtsunklarheiten beseitigen und Behördenstrukturen straffen; Datenschutzaufsicht in Deutschland harmonisieren (S. 94)	DSGVO muss in Durchsetzung praxisnah verbessert werden; gut ausgestattete, effektiv arbeitende Datenschutzaufsichtsbehörden (S. 15)	Abschaffung der DSGVO, durch neues, schlankes Datenschutzgesetz ersetzen; Datenschutzbehörden in ihrer Rolle bestärken (S. 180)	Datenschutz konsequent weiterentwickeln; Auswirkungen auf KMU stärker berücksichtigen (S. 43)	Haftung der Hersteller für IT-Sicherheit ausweiten; Nutzer*innen und Beschäftigten bei Schutz ihrer Daten und Persönlichkeitsrechte verteidigen (S. 95)	Effektiver und moderner Datenschutz (S. 78); verbesserter Beschäftigten-datenschutz (S. 108)

Klimapolitik

	CDU/CSU	SPD	AfD	FDP	Die Linke	B90/Grüne
Allgemeine Klimapolitik	Deutschland soll klimaneutrale Industrienationen werden (S. 5)	Spätestens 2045 klimaneutral wirtschaften (S. 4)	Klima ist per se nicht schutzfähig (S. 173)	Klimawandel anpacken (S. 58)	Wirtschaft und Infrastruktur soll bis 2035 klimaneutral sein (S. 9)	Bis 2035 100% erneuerbare Energien erreichen; Klimaschutz-sofortprogramm auf den Weg bringen (S. 19)
Klima und Wirtschaft	Emissionsminderungen durch Klimaschutzprojekte in Entwicklungs- und Schwellenländern auf nationale Klimaziele anteilig anrechnen (S. 16)	Agrarförderung so ausrichten, dass umweltschonende Landwirtschaft im Wettbewerb mithalten kann (S. 52)		Deutsche Unternehmen vor Wettbewerbsverzerrungen durch klimapolitische Maßnahmen schützen (S. 58)	Öffentlicher Transformationsfonds, der klimagerechte Arbeitsplätze für Zukunft sichert und ökologisches Umsteuern fördert (S. 9)	Reduktion von Emissionszertifikaten, vorrangig erneuerbare Energien, Erhöhung des CO2-Preises auf 2023 vorziehen (S. 19)
Energie			Ablehnung Ausstieg aus Kohleverstromung; Wiedereinrichtung von Kernforschungszentren; Neuausrichtung von Kernkraftwerken (S. 176f.)		Kohleausstieg bis 2030 vollenden, Neubau von Kohlekraftwerken verbieten, Erweiterung von Braunkohletagebauen verbieten, Steinkohlewerk vom Netz nehmen (S. 68)	Kohleausstieg bis 2030 vollenden (S. 21)

Rentenpolitik

	CDU/CSU	SPD	AfD	FDP	Die Linke	B90/Grüne
gesetzliche Rentenversicherung	Gesetzliche Rentenversicherung bleibt zentrale Säule (S. 59)	Pflicht zur Altersvorsorge einführen; Selbständige in gesetzliche Rentenversicherung integrieren mit einkommensabhängigen Beiträgen (S. 30)	Politiker sollen auch in gesetzliche Rentenversicherung einzahlen; Großteil der Beamten in gesetzliche Rentenversicherung (S. 126f.)	Wahlfreiheit für Selbständige bei Altersvorsorge; auch Form der Vorsorge soll frei wählbar sein (S. 34); Pflicht zur Altersvorsorge angemessen (S. 34)	Auch Selbstständige in gesetzliche Rente einzahlen (S. 10f.); beziehen alle Erwerbstätigen in gesetzliche Rentenversicherung ein (S. 22)	Zu Bürger*innenversicherung weiterentwickeln; perspektivisch alle einbeziehen; Selbständige verpflichtend in gesetzliche Rentenversicherung (S. 114)
Betriebliche Altersvorsorge	Anerkennung von Berufsqualifikationen vereinfachen (S. 28); betriebliche Altersvorsorge für alle entwickeln (S. 60)	Deutlich mehr Beschäftigte in betrieblicher Altersversorgung absichern (S. 35)		Gesetzliche, betriebliche und private Altersvorsorge flexibel kombinieren; Ansprüche in Beschäftigung und Selbständigkeit flexibel mitnehmen (S. 87)	Von Arbeitgeber*innen finanzierte betriebliche Altersversorgung (als betriebliche Sozialleistung) auf Grundlage von tarifvertraglichen Regelungen (S. 23)	Arbeitgeber*innen sollen betriebliche Altersvorsorge anbieten; für KU Beitragsgarantie, Selbständige erhalten Chancen auf angemessene Altersvorsorge (S. 115)
Renteneintrittsalter		Ablehnung der weiteren Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters (S. 35)	Entscheidung über Eintritt in Rentenphase jedem ermöglichen; Rentenhöhe hängt dabei von eingezahlten Beiträgen und Renteneintritt ab (S. 125)	Nach Vollendung des 60. Lebensjahres, soll selbst entschieden werden, wann Ruhestand beginnt; Zuverdienstgrenzen abschaffen (S. 87)	Renteneintrittsalter muss wieder abgesenkt werden (S. 153)	Grundsätzlich an Rente mit 67 festhalten, danach freistellen, wann Menschen in Rente gehen möchten (S. 114)

Steuerpolitik

	CDU/CSU	SPD	AfD	FDP	Die Linke	B90/Grüne
Unternehmenssteuer	Wettbewerbsfähige Unternehmensbesteuerung; Steuerlast für Gewinne, die im Unternehmen verbleiben, perspektivisch auf 25 Prozent deckeln (S. 35)	Weltweiten Dumpingsteuerwettbewerb um die niedrigsten Unternehmenssteuern beenden (S. 62)	Grundsteuer, Gewerbesteuer und etliche weitere kleinere Verbrauchsteuern auf Bundesebene ersatzlos entfallen lassen (S. 32)	Steuerliche Belastung von Unternehmen auf 25 Prozent senken (S. 6f.); fordern EU-einheitliche Bemessungsgrundlage für Körperschaftsteuer (S. 14)	Körperschaftsteuer wieder auf 25% erhöhen, europaweite und globale Mindestsätze für Unternehmenssteuern einführen (S. 87)	EU-einheitliche Bemessungsgrundlage für Unternehmenssteuern, Mindeststeuersatz von mittelfristig 25% (S. 93)
Abschreibungsmöglichkeiten	Abschreibungsregeln für digitale Zukunftstechnologien verbessern (S. 35); Abschreibungen für Investitionen zur Energieeffizienz und CO ₂ -Reduzierung (S. 44);		Förderung der steuerlichen Sonderabschreibung für eigengenutzte Immobilie(S. 167)	Abschreibungsbedingungen verbessern; verkürzte Abschreibungsfristen von max. drei Jahren (S. 7)		Für KMU's attraktivere und zeitlich begrenzte Abschreibungsmöglichkeiten (S. 24); Investitionszuschüsse und Abschreibungen für klimaverträgliche Anlagen (S. 62f.)
Vermögenssteuer	Gegen Einführung neuer Substanzsteuern wie Vermögenssteuer oder Erhöhung der Erbschaftssteuer (S. 34)	Vermögenssteuer wieder in Kraft setzen; gleichzeitig hohe persönliche Freibeträge (S. 23)	Abschaffung der Substanzsteuern (Grundsteuer, Vermögenssteuer, Erbschafts- und Schenkungssteuer) (S. 32)	Ablehnung einer Verschärfung der Erbschaftsteuer oder Wiedereinführung der Vermögenssteuer (S. 7)	Vermögenssteuer für Privatvermögen von 1 Mio. Euro pro Person ohne Schulden, Eingangssteuersatz startet bei 1% und steigt bis Nettovermögen von 50 Mio. Euro stetig an (S. 86)	Neue Vermögenssteuer einführen (S. 92)

Steuerpolitik

	CDU/CSU	SPD	AfD	FDP	Die Linke	B90/Grüne
Einkommensteuer	Einkommensteuertarif regelmäßig an allgemeine Preisentwicklung anpassen (S. 71)	Besteuerung von Einkommen gerechter gestalten; Steuern für die Mehrheit senken; Einkommenssteuerreform vornehmen (S. 22)	Umsatzsteuer und Einkommenssteuer, Grundsteuer, Gewerbesteuer und etliche weitere sollen ersatzlos entfallen (S. 32)	Fairer Tarif (Chancentarif) bei Einkommensteuer; Spitzensteuersatz erst ab einem Einkommen von 90.000 Euro greifen lassen (S. 11)	Steuerfreibeträge auf 1.200€ erhöhen (S. 11); Einkommen unter 14.400€ im Jahr steuerfrei, höhere Einkommen stärker besteuern, ab 70.000 Euro im Jahr beträgt Steuer 53% (S. 88)	Grundfreibetrag der Einkommensteuer erhöhen, Spitzensteuersatz moderat anheben (S. 91)
Erbschaftsteuer	Gegen Einführung neuer Substanzsteuern (Vermögenssteuer oder Erhöhung der Erbschaftssteuer) (S. 34)	Erbschaftssteuer ist reformbedürftig; mit effektiven Mindestbesteuerung wird Überprivilegierung großer Betriebsvermögen abgeschafft (S. 23)	Abschaffung der Erbschaftssteuer (S. 34)	Ablehnung der Verschärfung der Erbschaftssteuer oder Wiedereinführung der Vermögenssteuer (S. 7)	Erbschaftssteuer auf hohe Erbschaften erhöhen (S. 87)	Erbschaftssteuer soll Umgehung von Steuerzahlungen bei wohlhabenden Menschen verhindern (S. 92)
Solidaritätszuschlag	Solidaritätszuschlag für alle schrittweise abschaffen; kleine und mittlere Einkommen bei der Einkommensteuer entlasten (S. 34)	Solidaritätszuschlag für allermeisten Bürger*innen abgeschafft (S. 22)	Steuergerechtigkeit wird verletzt, wenn der Solidaritätszuschlag nicht entfällt (S. 36)	Solidaritätszuschlag komplett abschaffen (S. 11)	Solidaritätszuschlag für hohe Einkommen erhalten und zu Solidaritätspakt III umbauen (S. 88)	

Sozialpolitik

	CDU/CSU	SPD	AfD	FDP	Die Linke	B90/Grüne
Sozial- versicherungs- system	Selbständige sollen zwischen gesetzlichen Rentenversicherung und anderen insolvenz sichern und Vorsorgearten wählen; auf Selbständige Rücksicht nehmen und in Existenzgründungsphase nicht überfordern (S. 60)	Bemessungsgrenze der gesetzlichen Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung regelmäßig anpassen (S. 22); europäische Arbeitslosenrückversicherung; Sicherstellung sozialer Sicherungsfunktionen auch in Krisen (S. 57)	Zusammenlegung von sozialer Pflegeversicherung und gesetzlicher Krankenversicherung (S. 139)	Beiträge für Selbständige zur gesetzlichen Krankenversicherung an tatsächlichen Einnahmen orientieren (S. 34)	Sämtliche Tätigkeiten über Sozialversicherung absichern (S. 15)	Selbständigen neben Kurzarbeitergeld auch Anspruch auf Arbeitslosengeld I, Abschaffung der sozialversicherungs-freien kurzfristigen Beschäftigung, Minijobs in sozialversicherungs-pflichtige Beschäftigungen überführen (S. 107f.)
Kinder	Familienleistungen vereinfachen und digitalisieren; voller Grundfreibetrag für Kinder, Einstieg in Kindersplitting; Freibetrag bei Grunderwerbsteuer von 250.000 Euro pro Erwachsenen plus 100.000 Euro pro Kind beim erstmaligen Erwerb selbstgenutzten Wohnraums (S. 77)	Neues Kindergeld bei zirka 250 Euro monatlich (S. 40); gute und beitragsfreie Kitas, Ganztagsangebot für Schulkinder, Recht auf Mobilität für ländlichen Raum (S. 39); kostenlose Kita- und Schulverpflegung (S. 53); dauerhafte Ausweitung der Kinderkrankentage (Vgl. S. 39)	Anhebung des Kinderfreibetrages; vollständige steuerliche Absetzbarkeit von kinderbezogenen Ausgaben; Absenkung der MwSt. für Artikel des Kinderbedarfs (S. 104f.); Kindergeld beibehalten, Betriebskindergärten fördern (S. 111f.)	Kinderchancengeld anheben; steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten; gesetzlichen Unterhaltsleistungen und haushaltsnahen Dienstleistungen verbessern (S. 40f.); Betriebskindergärten steuerlich fördern; Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung (S. 32)	Kindergeld wird sofort auf 328 Euro für alle Kinder erhöht, Kindergrundsicherung bis zu 630 Euro, Kinderkrankentage um 10 weitere je Kind erhöhen (S. 27ff.)	Anspruch auf Kinderkrankengeld für 15 Tage im Jahr pro Kind und Elternteil; Mutterschutz von 14 Tagen nach Geburt auch für zweiten Elternteil (S. 101); Kindergrundsicherung als neue Leistung (S. 98)

Sozialpolitik

	CDU/CSU	SPD	AfD	FDP	Die Linke	B90/Grüne
Eltern	Elterngeld weiter stärken; Väter ermutigen, stärker das Elterngeld zu nutzen; Partnermonate auf insgesamt 16 Monate ausweiten (S. 75)	Anspruch auf zwei Wochen Elternschaftszeit direkt nach Geburt; Partnerschaftsbonus zu Elternteilzeit nach ersten Lebensjahr eines Kindes ausbauen (S. 39)	Für die ersten drei Jahre Betreuungsgeld für Eltern bzw. Großeltern einführen (S. 105)	Einführung eines „Partnerschutzes“ analog zum „Mutterschutz“: Recht, zehn Arbeitstage in Partnerschutz zu gehen (S. 33)	Keine Anrechnung des Elterngeldes auf Transferleistungen (S. 29); Elterngeldanspruch auf 12 Monate pro Elternteil verlängern (S. 103)	Elternzeit unkompliziert in Anspruch nehmen, Elterngeld auf 24 Monate ausweiten, bei Teilzeit wird Kinderzeit Plus verlängert (S. 101)
Gesundheitssystem	Bürokratie reduzieren, damit Ärztinnen und Ärzte sowie Pflegepersonal mehr Zeit für Patientinnen und Patienten haben (S. 63)	Bessere Rahmenbedingungen für öffentlichen Gesundheitsdienst und digitale Infrastruktur (S. 17)		Digitalisierung und Entbürokratisierung im Gesundheitswesen voranbringen; „Bepreisung“ der Bürokratie- und Berichtspflichten (S. 35f.)	Ausbau Gesundheitssystem (S. 134); Neuorganisation des Gesundheitssystems (S. 31)	Digitalisierung des Gesundheitssystems und der Patientenakte (S. 124f.)
Gleichstellung		An Spitze von Unternehmen und in Führungsebenen genauso viele Frauen wie Männer vertreten; wirksame Sanktionen einführen für alle, die sich nicht daran halten (S. 42)	Lehnen jede Art von Quoten ab (S. 19)	Gleiche Bezahlung für gleiche und gleichwertige Leistung von Frauen und Männern (S. 33)	Körperliche und sexuelle Selbstbestimmung und Gleichstellung aller Lebensweisen (S. 106)	50%-Quote Börsenunternehmen und diplomatischen Verhandlungen (S. 27/95); Gleichstellung gesellschaftlicher Vielfalt; neue Bundesstiftung Gleichstellung (S. 67/225)

Arbeitspolitik

	CDU/CSU	SPD	AfD	FDP	Die Linke	B90/Grüne
Selbständige	Selbständige und KMU's sollen sich mehr auf Kerngeschäft konzentrieren (S. 34); Scheinselbständigkeit verhindern; mehr Rechtssicherheit für Selbständige und Auftraggeber schaffen (S. 39)	Selbständige, Beamt*innen, Freiberufler*innen und Mandats-träger*innen sollen gesetzlicher Renten-versicherung angehören (S. 35)		Fairness für Selbständige; Selbständigkeit erleichtern, sie als Selbstbestimmung ernst nehmen, für mehr öffentliche Wertschätzung von Selbständigen sorgen (S. 34)		Gute Rahmenbedingungen und bessere soziale Absicherung (S. 104); Vereinfachung des Zugangs zur Arbeitslosenversicherung, Scheinselbständigkeit verhindern (S. 107); Absicherung in Krankenversicherungen verbessern (S. 124)
Grundsicherung	Anrechnung von Einkommen im SGB II neu ausgestalten; mehr Anreize zur Aufnahme einer Beschäftigung setzen (S. 81)	Arbeitslosenversicherung zu solidarischen Arbeitsversicherung weiterentwickeln (S. 31); Grundsicherung grundlegend überarbeiten, zu einem Bürgergeld entwickeln (S. 33)	Beitragssatz in Arbeitslosenversicherung absenken; Versicherte bei Bezug des beitragsfinanzierten ALG I nicht mehr mit Sanktionen gängeln (S. 118f.); 'Aktivierende Grundsicherung' als Alternative zum Arbeitslosengeld II (S. 119)	Einführung des Liberalen Bürgergelds; Sozialleistungen zusammenfassen; bessere Hinzuverdienstregeln beim ALG II bzw. beim angestrebten Liberalen Bürgergeld (S. 86)	Sofortige Erhöhung der derzeitigen Grundsicherungsleistungen auf 658 Euro plus Übernahme der Wohn- und Stromkosten in tatsächlicher Höhe (S. 27)	Neu aufgesetztes BAföG für alle Studierenden und Auszubildenden (S. 152); Einführung einer Kindergrundsicherung (S. 98); Regelsatz der Grundsicherung um mindestens 50 Euro erhöhen (S. 111); Einführung einer europäischen Grundsicherung (S. 113)

Arbeitspolitik

	CDU/CSU	SPD	AfD	FDP	Die Linke	B90/Grüne
Kurzarbeiter- geld		Tragfähiges Kurzarbeitergeld (S. 5); Transformations-Kurzarbeitergeld für Qualifizierung von Beschäftigten in Betrieben (S. 32)			Kurzarbeitergeld in Höhe von 90% des letzten Einkommens; Unternehmen, die Kurzarbeitergeld von der AfA beziehen, dürfen keine Entlassungen vornehmen (S. 26)	
Mindestlohn	Minijobgrenze von 450 Euro auf 550 Euro pro Monat erhöhen; Grenze mit Blick auf Entwicklung des Mindestlohns regelmäßig überprüfen (S. 38)	Gesetzlichen Mindestlohn auf mindestens zwölf Euro erhöhen (S. 27); begrüßen Vorschlag für Rechtsrahmen für europäische Mindestlöhne (S. 57)	Mindestlohn beibehalten (S. 117)	Minijob- und Midijob-Grenze erhöhen; dynamisch an gesetzlichen Mindestlohn koppeln (S. 34)	Gesetzlicher Mindestlohn wird auf 13 Euro erhöht (S. 16)	Mindestlohn sofort auf 12 Euro anheben und anschließend weiter steigen lassen, Mindestlohn-kommission reformieren (S. 103)
Leiharbeit		Leiharbeiter*innen erhalten ab erstem Tag den gleichen Lohn wie Festangestellte (S. 27)	Leiharbeitnehmer hinsichtlich der Entlohnung ab erstem Arbeitstag mindestens gleichgestellt (S. 117)		Leiharbeiter*innen sollen ab dem ersten Tag die gleichen Löhne wie Festangestellte plus eine Flexibilitätszulage von 10 Prozent erhalten (S. 16)	Leiharbeiter*innen sollen ab Tag eins gleichen Lohn für gleiche Arbeit wie Stammbeschäftigte erhalten (S. 103f.)

Arbeitspolitik

	CDU/CSU	SPD	AfD	FDP	Die Linke	B90/Grüne
Mitarbeiter- beteiligung	Mitarbeiter- kapitalbeteiligung weiter verbessern (S. 73); verlässliche Mitbestimmung durch Betriebs- und Personalräte vertreten (S. 37)	Mitbestimmung der Beschäftigten bei allen Themen verbessern (S. 28f.)		Mitarbeiter- kapitalbeteiligung als Chance für langfristigen Vermögensaufbau (S. 12)	Mitbestimmung von Belegschaft und Öffentlichkeit in wirtschaftlichen Fragen (S. 16)	Mitarbeiter- beteiligung breiter zugänglich machen (S. 62)
Tarife	Allgemein- verbindlichkeits- erklärung von Tarifverträgen stärken(S. 38)	Tarifverträge leichter für allgemein verbindlich erklären (S. 27); möglichst viele Unternehmen an Tarifverträgen beteiligen (S. 27)	Mitwirkung und Mitbestimmung der Beschäftigten in den Betrieben und zu allgemein- verbindlichen Tarifverträgen (S. 43)		Niedriglohnsektor abschaffen, Tarif- verträge stärken, Tarifbindung für alle Unternehmen und Branchen gelten, Bundestarif- treuegesetz für Einhaltung der Tarife (S. 15ff.)	Tarifbindung in Handwerksberufen (S. 70); Bundes- tariftreuegesetz; Tarifverträge allgemein verbindlich (S. 105); Selbständige tariflich organi- sieren (S. 108)
Weiterbildung	Schwerpunkt auf Weiterbildung und lebens- begleitendem Lernen (S. 82); Bundesprogramm Bildungsprämie ausbauen; Aufstiegs-BAföG fortentwickeln (S. 83)	Gebührenfreiheit bei Aufstiegs- fortbildung; Anspruchs auf Qualifizierung (Arbeitslosengeld Q) (S. 31)		„Midlife-BAföG“ von bis zu 1.000 Euro im Jahr einführen; steuer- und abgabenfreies Ansparen für Weiterbildungs- angebote und Bildungsauszeiten ermöglichen (S. 18)	Weiterbildungs- und Zertifizierungs- programme für Handwerker und Baubetriebe auflegen (S. 42); Weiterbildungsgeld einführen (S. 12); Weiterbildungs- anspruch für Alle (S. 16)	Recht auf Weiterbildung einführen (S. 17); Weiterbildungs- beratung und - förderung vereinfachen (S. 107)

Europapolitik

	CDU/CSU	SPD	AfD	FDP	Die Linke	B90/Grüne
Innen- und Außenpolitik Euro	Potenziale der Binnenmarkt-migration mit gezielten Sprach- und Qualifizierungsangeboten heben (S. 40)	Europa grundlegend stärken (S. 55)	Notwendigkeit des Austritts Deutschlands aus der Europäischen Union; Gründung einer neuen europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft (S. 28)	Außenpolitisch starke EU; EU nach innen demokratisch und wirtschaftlich stark sowie nach außen handlungsfähig machen (S. 62)	Von friedlicher Kooperation geprägte europäische Außenpolitik (S. 148)	Stärkung der europäischen Klimaaußenpolitik (S. 221f.); gemeinsame EU-Außenpolitik etablieren (S. 254)
			Austritt aus untergehendem Euro-System; Wiedereinführung einer nationalen Währung (S. 49)	Stabiler Euro ist Voraussetzung für Wachstum und Wohlstand in Europa (S. 65)		Einführung eines digitalen Euros als Ergänzung zum Bargeld (S. 86f.)

Wohnungspolitik

	CDU/CSU	SPD	AfD	FDP	Die Linke	B90/Grüne
Mietendeckel	Setzen nicht auf Mietendeckel; Wohnungsangebot erhöhen (S. 123)	Mietwucher unterbinden; Mietpreisbremse entfristen; bundesweiten Mietspiegel (S. 35)	Ausgewogenes Mietrecht; Ablehnung staatlicher Überregulierungen/ Mietpreisbremse/ Mietendeckel (S. 167)	Mietpreisbremse abschaffen; bundesweiten Mietendeckel verhindern (S. 85)	Im Bundesgebiet möglich machen (S. 11); für Kleingewerbe, Handwerk, kulturelle Einrichtungen, soziale und gemeinnützige Träger einführen (S. 40)	Einführung Gewerbemietpreisbremse (S. 69); Bundesgesetz für Mietobergrenzen; Entfristung der Mietpreisbremse (S. 131)
Wohnungsbauinvestitionen	Befristete Abschreibungsmöglichkeiten beim Mietwohnungsbau verlängern (S. 124)			Möglichkeiten zur Abschreibung verbessern; lineare Abschreibung auf drei Prozent erhöhen (S. 85)		
Sozialer Wohnungsbau		Neubau von 100.000 Sozialwohnungen ist erforderlich (S. 37)	Einkommensschwache Mieter vermehrt mit Wohngeld unterstützen (S. 168)		Ehemalige Kasernen in Sozialwohnungen umwandeln; mit neuer Wohnungsgemeinnützigkeit jährlich 250.000 Sozialwohnungen schaffen (S. 40)	Erhöhung der Mittel für sozialen Wohnungsbau; Sozialwohnungen in nächsten zehn Jahren um 1 Mio. erhöhen (S. 131)

Verkehrspolitik

	CDU/CSU	SPD	AfD	FDP	Die Linke	B90/Grüne
Klimaneutrale Mobilität	Taxiunternehmen, Fahr- und Lieferdienste bei Umstellung auf Null-Emissions-PKW durch Sonderabschreibungen unterstützen (S. 49)	Klimaneutrale Mobilität für alle (S. 11); 2030 sollen mindestens 15 Millionen PKW in Deutschland voll elektrisch fahren (S. 12)	Ablehnung der Bevorzugung und Förderung einer Wasserstoffwirtschaft sowie einseitige Förderung der Elektromobilität (S. 175f.)	Ablehnung eines pauschalen Verbots von Verbrennungsmotoren (S. 26); Innovationsförderung voranbringen (S. 28)	Kurzstreckenflüge und Frachtverkehr auf Schiene verlegen, Bahn weiter ausbauen und für alle bezahlbar machen (S. 12)	Emissionsfreie Busse im ÖPNV; Ausbau von Straßenbahnen; ab 2030 nur Zulassung von emissionsfreien Autos; Förderung der Umrüstung auf emissionsfreie Verbrenner (S. 31)
Innerstädtische Situation	Ausgebaute und vernetzte Radwege; Stärkung des ÖPNV; Ortsumgehungen bauen; Bundesstraßen und Autobahnen erweitern (S. 130)	Geändertes Straßenverkehrsrecht; mehr Fläche für öffentlichen Verkehr, Fußgänger*innen und Radfahrer*innen schaffen (S. 11)	Erhalt und Ausbau von innerstädtischen Fahrspuren und Parkraum (S. 183)		Mehr Platz für Radverkehr auf Straßen schaffen; bundesweites Radverkehrsnetz einführen (S. 63)	Reformation des Straßenverkehrs, um Radfahrer*innen mehr Raum zu ermöglichen (S. 31f.)
Tempolimit	Ablehnung eines Dieselfahrverbots und eines generellen Tempolimits auf Autobahnen (S. 49)	Tempolimit von 130 km/h auf Bundesautobahnen einführen (S. 12)	Ablehnung eines generellen Tempolimits auf Bundesautobahnen (S. 184)	Ablehnung unverhältnismäßiger Verbote in der Mobilität (S. 26)	Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen; 80 km/h auf Landstraßen und 30 km/h als Regelgeschwindigkeit innerorts (S. 64f.)	Sicherheitstempo von 130 km/h auf deutschen Autobahnen; Tempo 30 als Regel innerorts, Tempo 50 soll zur Ausnahme werden (S. 33)

Abkürzungen und Quellen

Abkürzungen

IGF = Industrielle Gemeinschaftsforschung

OZG = Onlinezugangsgesetz

SGB = Sozialgesetzbuch

WTO = World Trade Organization

ZIM = Zentrales Investitionsprogramm Mittelstand

Quellen

CDU/CSU

<https://www.csu.de/common/download/Regierungsprogramm.pdf>

SPD

<https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Programm/SPD-Zukunftsprogramm.pdf>

AfD

https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/111/2021/05/2021-05-20_-_AfD-Bundestagswahlprogramm-2021.pdf

FDP

https://www.fdp.de/sites/default/files/2021-06/FDP_Programm_Bundestagswahl2021_1.pdf

Die Linke

https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2021/Wahlprogramm/DIE_LINKE_Wahlprogramm_zur_Bundestagswahl_2021.pdf

Bündnis 90/Die Grünen

https://cms.gruene.de/uploads/documents/Wahlprogramm-DIE-GRUENEN-Bundestagswahl-2021_barrierefrei.pdf

Verantwortliche

Anbieter und verantwortlich für diese
Gegenüberstellung im Sinne
des § 5 Telemediengesetzes:

Bund der Selbständigen Baden-Württemberg e.V.
Taubenheimstraße 24
70372 Stuttgart

Telefon: 07 11 / 954 668 - 0
Telefax: 07 11 / 954 668 - 33
E-Mail: info@bds-bw.de

Vertretungsberechtigte:
Präsidentin Bettina Schmauder
Präsident Jan Dietz

Eintrag im Vereinsregister:
Registernummer VR 2910
Vereinsregister beim Amtsgericht Stuttgart
70049 Stuttgart

Verantwortlich für den Inhalt i.S.d. § 55 des
Staatsvertrages über Rundfunk und Telemedien (RStV):

Bettina Schmauder, Jan Dietz
E-Mail: presse@bds-bw.de